

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 29. Sitzung des Bundesrates vom 25. August 1976

1. Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler

Die Herren Graber und Brugger orientieren den Rat über ihr Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kreisky in Salzburg. Zur Diskussion standen namentlich die Anstrengungen Oesterreichs, UNO-Büros in Wien anzusiedeln, was sich zum Nachteil von Genf auswirken könnte, die Organisation einer europäischen Gipfelkonferenz und das Interesse Oesterreichs am Schweizerpanzer 68.

Was die Ansiedlung von UNO-Büros in Wien und die damit möglicherweise verbundene Beeinträchtigung von Genf anbelangt, ist, trotz beruhigender Erklärungen aus Wien, festzuhalten, dass sich die Interessen Oesterreichs und der Schweiz in dieser Frage nicht decken. Wien tendiert darauf, die grossen administrativen Neubauten irgendwie zu füllen. Der Entscheid liegt bei der Generalversammlung der UNO.

Der Idee Kreiskys, eine europäische Gipfelkonferenz (ohne EWG-Staaten) einzuberufen, ist von den schweizerischen Gesprächspartnern nicht grundsätzlich opponiert worden, hingegen wurde die Beteiligung der Schweiz im wesentlichen von folgenden Bedingungen abhängig gemacht:

- a) Sehr seriöse Vorbereitung, damit ein effektiver Erfolg erwartet werden kann;
- b) Gemischte Traktandenliste, d.h. Themen, die nicht nur zu Aussprachen, sondern auch zu Beschlüssen führen;
- c) Keine Ueberstürzung: Angesichts der Notwendigkeit einer ernsthaften Vorbereitung kommt eine Konferenz dieser Art für das Jahr 1976 nicht mehr in Frage. Frühester Termin wäre Frühjahr 1977.

Das Interesse Oesterreichs am Schweizerpanzer 68 bleibt bestehen, wobei aber auch an wirtschaftliche Gegengeschäfte gedacht wird. Die Verhandlungen werden zwischen militärischen Fachkreisen geführt. Herr Bundespräsident Gnägi wird den Rat darüber auf dem Laufenden halten.

In der allgemeinen Aussprache billigt der Rat die grundsätzlich positive Einstellung der Vorsteher des EPD und des EVD zum Problem einer europäischen Gipfelkonferenz, unterstützt aber auch nachdrücklich die geltend gemachten Bedenken.

2. Radar-Kontrolle

Im Nationalrat ist eine Einfache Anfrage Meyer Helen betreffend die Reklame für den Verkauf von Apparaten, welche die Radar-Kontrolle im Strassenverkehr unwirksam machen, eingereicht worden. Es stellt sich die Frage, ob der Verkauf solcher Apparate sofort gestützt auf Artikel 57 des Strassenverkehrsgesetzes verboten werden soll, oder ob noch zuzuwarten ist, bis die Verwendung solcher Apparaten konkret nachgewiesen werden kann. Der Rat ist für die zweite Variante, die Antwort auf die Einfache Anfrage Meyer soll in dem Sinne vorbereitet werden, dass die zuständigen Instanzen die Sache prüfen und nötigenfalls mit einem Verbot einschreiten werden.

3. Seveso

Ein Antrag des EMD betreffend Koordination der vom Bundesrat in seinem Schreiben an die italienische Regierung zugesicherten Hilfsmassnahmen durch die Zentralstelle für Gesamtverteidigung wird zurückgezogen. Der Rat beschliesst, zunächst abzuwarten, was von den zuständigen italienischen Behörden effektiv gewünscht wird.

4. Jura

Herr Furgler verweist mit Besorgnis auf offizielle bernische Aeusserungen - diesmal handelt es sich um einen Vortrag von Herrn Regierungsrat Jaberg - zum Juraproblem, worin nicht nur Dinge publiziert werden, für die gemeinsam der Verzicht auf Publizität in Aussicht genommen wurde (so das Treffen mit dem Präsidenten der jurassischen Konstituante), sondern auch sonderbare Vorwürfe an den Bundesrat erhoben werden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob in Zukunft bezüglich der Tätigkeit des Bundesrates, bzw. JPD nicht eine intensivere Information ins Auge zu fassen ist, um nachträglichen Entstellungen vorzubeugen. Herr Furgler gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass er in der kommenden Woche neuerdings mit Herrn Jaberg und Herrn Lachat, dem Präsidenten der jurassischen Konstituante, zusammentreffen werde.

5. Unfallversicherung

Herr Hürlimann erbringt auf Grund versicherungs-mathematischer Berechnungen den Beweis, dass das BG über die Unfallversicherung (in der Sitzung des Bundesrates vom 18.8.76 verabschiedet) für den Bund keine Mehrbelastung nach sich zieht. Der vom FZD in der Sitzung vom 18.8.76 gemachte Vorbehalt bezüglich des Botschaftstextes fällt somit dahin.

6. Der Rat nimmt Orientierungen entgegen der Herren

- Bundesrat Furgler über die Kosten der Sicherheitsmassnahmen für die Botschaften in Bern, wofür der Stadt Bern eine Erhöhung des bisherigen Bundesbeitrages um Fr. 400'000.-- auf 1,2 Mio zugestanden wurde. Für das Jahr 1978 wird eine weitere Erhöhung zu diskutieren sein - wobei aber der Chef des JPD,

Der Rat nimmt Orientierungen entgegen der Herren (Fortsetzung)

von andern Mitgliedern des Rates unterstützt, der Auffassung ist, dass es unter keinen Umständen in Frage kommen kann, dass der Bund allmählich die gesamten Kosten der Schutzmassnahmen übernimmt, welche der Stadt Bern aus ihrer Eigenschaft als Bundeshauptstadt erwachsen.

- Bundesrat Brugger über die Entwicklung des Arbeitskonfliktes bei der Firma Dübied; das EVD verfolgt die Angelegenheit sehr intensiv, es ist bisher nicht zur Mitwirkung (Schlichtung) eingeladen worden, weshalb noch abgewartet wird.

- Bundesrat Ritschard über die Beteiligung Italiens an den Kosten des Güterbahnhofs II Domodossola; die beim kürzlichen Besuch des italienischen Verkehrsministers Martinelli als sicher in Aussicht gestellte Beteiligung von 80 Milliarden Lire scheint nun im Parlament in hohem Masse in Frage gestellt. Das VED hat deshalb Anweisung gegeben, dass die BLS alle Arbeiten in dieser Sache einstellen, während gleichzeitig das EPD eingeladen wurde, die Verhandlungen für den Abschluss eines Staatsvertrages mit Italien einzuleiten.

- Bundesrat Hürlimann über die Einstellung der Abbrucharbeiten am Physikgebäude der ETH in Zürich, bis ein diesbezüglicher parlamentarischer Vorstoss (Postulat Morf) in der Bundesversammlung behandelt werden kann, damit nicht der Eindruck der Präjudizierung erweckt wird.

- Bundesrat Chevallaz über ein erfreuliches Ansteigen der Zolleinnahmen;

- Bundesrat Chevallaz über Arbeiten, welche eine Genferfirma zur Ausstattung von sechs in Deutschland konstruierten Helikoptern, die für Chile bestimmt sind, gemacht hat. Zollmässig ist die Sache absolut in Ordnung; auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Ausfuhr von Kriegsmaterial sind in keiner Weise tangiert, da die betreffenden Helikopter keine Ausrüstung für militärische Zwecke erhielten.

27.8.1976 Br/Ba

BUNDESKANZLEI